

Anlage 03.2: Regulatorische Anforderungen

§ 1 Weisungen

- (1) Die IBB (die Geschäftsleitung oder die zuständige Stelle) kann der Geschäftsleitung des Auslagerungsunternehmens bei der Durchführung der ausgelagerten Aktivitäten und Prozesse unmittelbare Weisungen erteilen.
- (2) Das Auslagerungsunternehmen wird sich so organisieren, dass die Umsetzung von Weisungen der IBB unmittelbar und unabhängig von etwaigen konkurrierenden Weisungen anderer Vertragspartner des Auslagerungsunternehmens erfolgen kann.

§ 2 Interne Kontrollen und Internes Kontrollsystem

- (1) Die Geschäftsleitung des Auslagerungsunternehmens verpflichtet sich, laufende interne Kontrollen des ausgelagerten Bereiches, insbesondere zur Prüfung sowie zur Identifizierung und Beseitigung von Mängeln, wahrzunehmen.
- (2) Das Auslagerungsunternehmen hat unternehmensweit ein internes Kontrollsystem (IKS) implementiert und verpflichtet sich, alle zwei Jahre eine externe Prüfung des IKS gemäß IDW PS 951 Typ 2 oder eines vergleichbaren Standards (Identifizierung, Prüfung und Beseitigung von Fehlern/Mängeln) bezüglich der Auslagerungen nach diesem Vertrag durchzuführen. Wesentliche Fehler/Mängel sowie deren Bearbeitung/Beseitigung meldet das Auslagerungsunternehmen unverzüglich der IBB.

§ 3 Laufende Kontrolle

Die im Rahmen der Koordination der Leistungserbringung festgelegten entscheidungsbefugten Mitarbeiter der IBB sind berechtigt, eine laufende Kontrolle der Leistungserbringung durchzuführen. Dabei können sie im Zusammenhang mit den ausgelagerten Aktivitäten und Prozessen insbesondere

- a. Auskünfte anfordern,
- b. Einsicht in die Geschäftsunterlagen nehmen,
- c. Geschäftsräume betreten,
- d. sich Zugang bzw. Zugriff zu Daten und Datenbanken verschaffen.

Dies umfasst keine wettbewerbslich sensiblen Informationen und Geschäftsgeheimnisse von anderen auslagernden Instituten. Sofern zur Umsetzung dieses Vertrages erforderlich, wird das Auslagerungsunternehmen wettbewerbslich sensible Informationen nur kartellrechtlich spezialisierten, externen Rechtsanwälten zur Verfügung stellen, die für die kartell- und fusionskontrollrechtliche Beratung in diesem Zusammenhang mandatiert sind.

Anlage 03.2: Regulatorische Anforderungen

§ 4 Prüfungsrechte der Internen Revision und der Compliance-Einheiten der IBB, zuständiger Aufsichtsbehörden, Abschlussprüfer und Anordnungen der Abwicklungsbehörde(n)

- (1) Die Interne Revision sowie die Compliance-Einheiten der IBB, Prüfer zuständiger Bankaufsichtsbehörden (z. B. BaFin, Deutsche Bundesbank, EZB, und einschließlich Abwicklungsbehörden), die bei der IBB aufgrund gesetzlicher Vorgaben tätig werden, Abschlussprüfer der IBB sowie von diesen mit der Prüfung beauftragte Stellen, haben ein jederzeitiges, vollumfängliches und uneingeschränktes Zugangs-, Einsichts-, Informations- und Prüfungsrecht hinsichtlich der ausgelagerten Aktivitäten und Prozesse; dies schließt die Anfertigung von Abschriften und Kopien einschlägiger Unterlagen mit ein. Diesen Stellen ist ein Zutritt, Zugang bzw. Zugriff zu allen Dokumenten, Datenträgern und Systemen beim Auslagerungsunternehmen zu gewähren, die die ausgelagerten Aktivitäten und Prozesse betreffen. Auf Wunsch der IBB erfolgt die Bereitstellung von Unterlagen und Daten per E-Mail oder Datenträger.
- (2) Das Auslagerungsunternehmen wird dafür Sorge tragen und sich so organisieren, dass Rechte Dritter dem Absatz (1) nicht entgegenstehen.
- (3) Das Auslagerungsunternehmen hat der IBB einen Ansprechpartner für Prüfungshandlungen gemäß § 25b KWG zu benennen und bei personellen Veränderungen dieses zeitnah der IBB mitzuteilen. Unabhängig hiervon besteht auch die Möglichkeit der internen Revision der IBB, nach eigenem Ermessen Interviewpartner zu benennen und diese zu befragen.
- (4) Personen, die beim Auslagerungsunternehmen Funktionen der Internen Revision wahrnehmen oder gesetzlich vorgeschriebene oder aufsichtlich angeordnete externe Prüfungen vornehmen, sind gegenüber der IBB sowie deren Prüfern von der Schweigepflicht befreit.
- (5) Die genannten Einsichts- und Prüfrechte bestehen für einen Zeitraum von zwei Jahren nach Ablauf des Geschäftsjahres, in dem der Vertrag beendet wird, fort; relevante Unterlagen und Daten müssen ebenso lange verfügbar gehalten werden. Darüber hinaus gelten die gesetzlichen Aufbewahrungsfristen.
- (6) Das Auslagerungsunternehmen verpflichtet sich, im Falle einer Anordnung der Abwicklungsbehörde gem. § 80 Absatz 1 und 2 Sanierungs- und Abwicklungsgesetz (SAG) diejenigen Leistungen zu erbringen, die erforderlich sind, damit die IBB in der Lage ist, den Anordnungen der Abwicklungsbehörde den ausgelagerten Bereich betreffend nachzukommen.
- (7) Für die Wahrnehmung der vorstehenden Rechte - einschließlich erforderlicher Unterstützungsleistungen durch das Auslagerungsunternehmen - wird der IBB keine Vergütung in Rechnung gestellt.
- (8) Für den Fall einer Abwicklung der IBB nach dem Sanierungs- und Abwicklungsgesetz (SAG) sichert das Auslagerungsunternehmen zu, die für den Fall der Abwicklung geltenden nationalen sowie gemeinschaftsrechtlichen Vorschriften einzuhalten und etwaige, gesetzlich erforderliche Mitwirkungshandlungen, insbesondere solche nach § 80 Absatz 1 und Absatz 2 SAG, durchzuführen. Das Auslagerungsunternehmen sichert für

Anlage 03.2: Regulatorische Anforderungen

den Fall der teilweisen oder gesamten Übertragung der IBB auf einen übernehmenden Rechtsträger nach dem SAG zu, Informationen, Dienstleistungen, Einrichtungen sowie Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen bereitzustellen, die ein übernehmender Rechtsträger für den effizienten Betrieb des auf ihn übertragenen Geschäfts benötigt.

§ 5 Beendigungsmanagement

- (1) Das Auslagerungsunternehmen verpflichtet sich im Falle einer vollständigen oder teilweisen Beendigung des Vertrages die IBB für einen Zeitraum von maximal 6 Monate bei der ordnungsgemäßen Übertragung der ausgelagerten vertragsgegenständlichen Leistungen auf einen von der Bank beauftragten Dritten (Folgeanbieter) oder die Reintegration der Leistung in die IBB in angemessener Art und Weise zu unterstützen. Die Unterstützung umfasst alle Leistungen, die für eine ordnungsgemäße Überleitung der Leistungen auf den Folgeanbieter oder die IBB erforderlich oder zweckdienlich sind, einschließlich der Unterstützung bei der Ausarbeitung und Umsetzung eines entsprechenden Überleitungsplans sowie der Bereitstellung von erforderlichen Informationen und Daten, die einen reibungslosen Übergang auf ein von der Bank oder einem von dieser benannten Dritten ausgewähltes und/ oder betriebenes Datenverarbeitungssystem ermöglicht. Die ordnungsgemäße Erbringung von vertragsgegenständlichen Leistungen, welche die IBB noch vom Auslagerungsunternehmen bezieht, darf nicht beeinträchtigt werden. Gegebenenfalls entstehende Kosten werden nur nach tatsächlichem Aufwand auf Basis vereinbarter Preise erstattet. Anderweitige Vergütungsansprüche des Auslagerungsunternehmens sind hierdurch ausgeschlossen. / Die IBB wird Aufwände des Auslagerungsunternehmens nach Absatz (1) angemessen vergüten. Ausgangspunkt für die Bestimmung einer angemessenen Vergütung sind die in § 5 Vergütung und Rechnungsstellung des Auslagerungsvertrags getroffenen Vereinbarungen.
- (2) Im Falle einer vollständigen oder teilweisen Beendigung dieses Vertrages oder der auf seiner Grundlage zustande gekommenen Einzeldienstverträge, gleich aus welchem Rechtsgrund, wird das Auslagerungsunternehmen die der IBB gehörenden oder individuell für die IBB erstellten Daten, Unterlagen, Dokumente und sonstigen Informationen sowie die von der IBB beigestellten oder individuell vom Auslagerungsunternehmen für die IBB erstellte Software (einschließlich der Quellcodes und der dazu gehörenden Dokumentation) nach Wahl der IBB kostenfrei übergeben oder entweder an einer von den Vertragspartnern zu definierenden Schnittstelle oder auf einem Datenträger bereitstellen und die Datenstrukturen offen legen. Gesetzliche Aufbewahrungspflichten bleiben hiervon unberührt. Das Auslagerungsunternehmen ist nicht berechtigt, an solchen Daten, Unterlagen und Informationen Zurückbehaltungsrechte geltend zu machen.
- (3) Das Auslagerungsunternehmen steht auch nach Abschluss der Überleitung der Leistungen auf den Folgeanbieter noch für die Dauer von bis zu zwölf Monaten für die Beantwortung von Fragen und zur Erbringung von Beratungsleistungen zur Verfügung. Das Auslagerungsunternehmen kann hierfür eine Vergütung auf Basis der vor Beendigung zuletzt vereinbarten Preise verlangen.

Anlage 03.2: Regulatorische Anforderungen

- (4) Auf Verlangen des auslagernden Instituts ist das Auslagerungsunternehmen für einen Zeitraum von bis zu 6 Monaten über den Zeitpunkt der Vertragsbeendigung hinaus verpflichtet, die vertraglichen Hauptleistungen nach Maßgabe dieses Vertrages zu erbringen. Dadurch soll das auslagernde Institut oder ein von ihm benannter Dritter in die Lage versetzt werden, die bisher ausgelagerten Leistungen entweder selbst oder durch den Dritten erbringen zu lassen. Beide Parteien werden die ihnen zumutbaren Anstrengungen unternehmen, damit die Überleitung zeitnah nach dem Wirksamwerden der Beendigung des Vertrages abgeschlossen werden kann. Hierfür erhält das Auslagerungsunternehmen eine aufwandbezogene, angemessene Vergütung. Diese Bestimmungen gelten unabhängig vom Grund der Beendigung dieses Vertrages, d. h. auch im Falle einer Kündigung aus wichtigem Grund. Weiterhin ist das Auslagerungsunternehmen verpflichtet, an einer Konzeption für eine geordnete Übergabe an einen Dritten als Übernehmer hinsichtlich der Durchführung der ausgelagerten Leistungen aktiv mitzuarbeiten. Das auslagernde Institut entscheidet in Abstimmung mit dem Auslagerungsunternehmen darüber, ob sich die Übernahme der Leistungen durch den Übernehmer mit der Leistungserbringung durch das Auslagerungsunternehmen zeitlich überschneidet. Die Verpflichtungen aus den vorangestellten beiden Sätzen enden spätestens 3 Monate nach der Vertragsbeendigung.